

Ordnungspolitik für Rechtsstaat und Demokratie

von Michael Theurer

I. Demokratiepolitik

Vergleicht man die politische Lage in der Bundesrepublik mit manchem der Nachbarn in Europa, fällt sogleich die relative Stabilität des deutschen Regierungssystems ins Auge. Während es in vielen Ländern starke Kräfte auf der rechten und linken Seite des politischen Spektrums gibt (mit zum Teil autoritären Tendenzen), manche an der Regierung beteiligt, andere immerhin in Reichweite zur politischen Macht, und während einige Parteiensysteme in den letzten Jahren förmlich pulverisiert wurden, Regierungsbildungen äußerst schwierig waren und zu viele Bürger sich von den klassischen politischen Kräften nicht mehr vertreten fühlen, gilt Deutschland geradezu als Hort der Stabilität.

Ein Grund, sich zurückzulehnen, ist dies jedoch nicht.

Auch in Deutschland sind Entwicklungen festzustellen, auf die man durch vorausschauende Politik reagieren muss. Auch in Deutschland haben Parteien wie die AfD, Gruppierungen wie die „Identitäre Bewegung“ oder die „Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE“ ihre Anhänger.

Für das Jahr 2016 weist der Verfassungsschutzbericht 41.549 politisch motivierte Straftaten aus, davon werden 10,4 % der politisch motivierten Gewaltkriminalität zugerechnet. Von den politisch motivierten Straftaten hatten 23.555 einen rechtsradikalen und 9.389 einen linksradikalen Hintergrund. Bei 3.372 Straftaten handelte es sich um politisch motivierte Ausländerkriminalität.¹

Islamistischer Terror, rechts- und linksextreme Gewalttaten, die Schmähung und Bedrohung kommunaler Mandatsträger, Anschläge auf Abgeordneten- und Parteibüros, Phänomene wie die „Reichsbürger“ auf der einen oder die „Autonomen“ auf der anderen Seite des extremistischen Spektrums sind zwar besonders gravierende Beispiele für eine Gesellschaft, die in Gefahr gerät, ihre Mitte zu verlieren.

Doch nicht nur an den politischen Rändern sind Demokraten gefordert. Die Iden-

¹ Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2016, 22

tifikation mit unserem Gemeinwesen ist nicht mehr so ausgeprägt wie ehemals. Der Bedeutungsverlust intermediärer Gruppen, die Existenz von Parallelgesellschaften mit eigenen Rechtsvorstellungen, eine extrem ausgeprägte Egozentrik, die einher geht mit hoher Aggressivität und mangelnder Empathie, aber auch eine neue Irrationalität, die „alternative Fakten“ hervorbringt, Sachverhalte und Werturteile kaum noch trennt, „Political Correctness“, die ein vernünftiges Abwägen der Konsequenzen gesellschaftlichen oder eigenen Handelns in vermeintlich guter Absicht unmöglich macht: Versucht man solche Entwicklungen zusammenzufassen, dann könnte man von dissoziativen Teilen der Gesellschaft sprechen, wo, kurz gesagt, jeder in seiner eigenen Welt lebt.

Eine wehrhafte, widerstandsfähige und lernende Demokratie, die zukunftsfest ist, bedarf aber zweier Grundfesten: eines freiheitlichen Rechtsstaats und einer liberalen Demokratie. Nur auf diesem Fundament können Problemlösungen im Sinne einer menschenwürdigen, einer humanen Gesellschaft aufbauen.

Deshalb ist Demokratiepolitik kein Girlanden-Thema im Unterschied zu den „harten“ politischen Handlungsfeldern; vielmehr ist sie die Voraussetzung für freiheitliche und friedliche Lösungen der dort zu treffenden Entscheidungen. Vor allem jedoch ist Demokratiepolitik der Gegenentwurf zu „technokratischem“, rein ergebnis-orientiertem Handeln. Dieses nämlich verschleiert Werte und Interessen, die in jeder politischen Entscheidung stecken, hinter einer Nebelwand behaupteter Alternativlosigkeit.

In der heutigen vernetzten Wissensgesellschaft müssen Bürger anders an der Politikbeteiligung werden als es die Verfassung von 1949 vorsah. Die gefühlte Distanz zwischen Bürgern und Politik steigt. Entscheidungen, die in parlamentarischen und rechtsstaatlichen Verfahren getroffen werden, stoßen mitunter auf Unverständnis oder gar Protest. Die Befunde sind oft widersprüchlich: Einerseits wird eine sinkende Wahlbeteiligung beklagt, andererseits wollen die Bürger stärker an der politischen Meinungsbildung beteiligt werden. Bürger erwarten politische Führung und Reformfähigkeit, aber sie wollen auch demokratische Verständigung, Moderation und Ausgleich. Immer mehr Menschen organisieren ihre Interessen und Initiativen außerhalb der klassischen (partei-)politischen Willensbildung, zugleich ziehen sich zu viele Menschen ganz aus der politischen Öffentlichkeit zurück.

Das Verständnis von und das Vertrauen in Demokratie verändert sich aufgrund von Umwälzungen in der Medienlandschaft, der Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur repräsentativen Demokratie sowie der Diversifizierung von Einfluss nehmenden Akteuren.

Liberales Leitbild ist in diesem Kontext die Bürgerdemokratie – im Sinne einer rechtsstaatlich gesicherten Selbstregierung durch und für Bürger, die auf gegenseitigem Vertrauen, Transparenz und Fairness basiert. Eine subsidiär organisierte Bürgerdemokratie setzt kritische und konstruktive Kräfte, Ideen und Initiativen frei, auf die wir angewiesen sind. So kann einer steigenden Heterogenisierung unserer Gesellschaft Rechnung getragen werden. Legitimität und Akzeptanz entstehen durch faire Verfahren von Parlament und Rechtsstaat und gleichzeitig von informellen und alternativen Beteiligungsverfahren der Politik.

Liberaler Demokratiepolitik ist daher Ordnungspolitik für Rechtsstaat und Demokratie. Sie modernisiert unser politisches System und stellt es auf die Chancen der Wissensgesellschaft ein. Einige der Markierungspunkte für diesen Weg seien hier angesprochen.

- Liberale Demokratie lebt von engagierten Bürgern, die mitbestimmen können. Selbstbestimmung in allen Lebenslagen heißt demokratische Mitbestimmung unterhalb der repräsentativen Demokratie. Unsere Republik braucht engagierte und mutige Bürger, die jenseits der Teilnahme an Wahlen Verantwortung übernehmen. Es gilt, die liberale Demokratie als Lebensform zu stärken, indem wir ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement, den punktuellen Einsatz professionell moderierter Bürgerbeteiligung sowie den probeweisen Ausbau von Instrumenten der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene und Landesebene unterstützen.

- Liberale Demokratie braucht Haltung im Geist des Grundgesetzes

Die liberale Demokratie ist eine historisch gewachsene Kulturleistung. Sie umfasst die Errungenschaften des Rechtsstaats sowie das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Werteordnung des Grundgesetzes. Bürgertugenden wie Freisinn, Vernunft, Verantwortung, Toleranz und Dialogfähigkeit können nicht erzwungen werden. Aber wir können ihr Entstehen und Wachsen im Sinne einer liberal-republikanischen Haltung fördern und einfordern. Dazu gehören die Einhaltung von Regeln und die Wertschätzung von Institutionen.

- Wehrhafte Demokratie braucht respektvolle Streitkultur

Eine wehrhafte und lernende Demokratie braucht konstruktive Streitkultur im Rahmen des durchsetzungstarken Rechtsstaats. Es geht darum, ein respektvolles, inklusives Miteinander zu ermöglichen, bei dem wir voneinander lernen und bei dem wir gegenteilige Meinungen aushalten, nicht ausgrenzen. Meinungsfreiheit und die Suche nach Informationen und Ideen über alle Grenzen hinweg sind

unverzichtbar. Unterschiede zwischen Menschen sollen offen und mit Respekt und Höflichkeit behandelt werden. Alle Gläubigen verdienen Respekt, aber nicht unbedingt alle Glaubensinhalte. Bürger treffen ihre eigenen Entscheidungen und tragen dafür die Konsequenzen. Gewalt und gewaltsame Einschüchterung dürfen nie zum Instrument der politischen Auseinandersetzung werden und sind unnachgiebig zu verfolgen.

- Parlamente stärken

Um die parlamentarische Arbeit vom Dauerwahlkampf zu effektiver Gesetzgebung und Kontrolle zu befreien, sollten Legislaturperioden durchgängig auf fünf Jahre verlängert und über die Bündelung von Wahlterminen in den Ländern nachgedacht werden. Gleichzeitig sollten Bundeskanzler und Ministerpräsidenten künftig maximal zwei Legislaturperioden hintereinander amtiert dürfen, um eine weitere Machtkonzentration gegenüber den Parlamenten zu verhindern. So kann der regelmäßige demokratische Wechsel gefördert werden, und können von den Zwängen der Wiederwahl befreite Regierungen zu einer längerfristig angelegten Politik ermutigt werden.

- Bürger und Parlamente durch Bürgerplenarverfahren aufwerten

Um den Austausch zwischen Parlamenten und Bürgern zu intensivieren sowie Bürger und die Bedeutung der Parlamente zugleich zu stärken, ist es vernünftig, in Weiterentwicklung des Petitionsverfahren das Bürgerplenarverfahren einzuführen, damit Bürger bei Erfüllung eines bestimmten Quorums Themen auf die Tagesordnung des Parlamentes setzen können („Bürgerstunde“).

- Gewaltenteilung stärken – Verantwortlichkeiten klären

Wo demokratische Entscheidungen nicht mehr klar zurechenbar sind, leidet demokratische Verantwortung. Wir brauchen klare Verantwortlichkeiten und ordentliche Rechenschaftslegung an die Bürger. Dies gilt vor allem auch für das Verhältnis zwischen Bund und Ländern sowie für die Stärkung der Kommunen in den Landesverfassungen. Parlamentarische Entscheidungen sind letztgültig und dürfen nicht durch nachträgliche Referenden korrigiert werden. Auch muss der Bundestag früher in die Vorbereitung bei internationalen Regelungen einbezogen werden.

Information ist die wesentliche Ressource für das Funktionieren demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung. In diesem Zusammenhang spielt die Fortentwicklung der Informationsfreiheits-Gesetze zu einem Transparenzgesetz eine wichtige Rolle. Praktisch kann das so aussehen, dass eine Plattform für alle

Informationen staatlicher Behörden und Einrichtungen geschaffen wird, auf die die Bürger einen Rechtsanspruch haben. Mit Hilfe einer einfach zu bedienenden Suchmaske wird der Nutzer zu den für ihn relevanten Informationen geleitet. Dass hierbei die Schutzrechte von Privatpersonen wie von Firmen und Organisationen beachtet werden müssen, versteht sich von selbst. Auch muss es weiterhin einen geschützten Bereich geben, in dem staatliche Einrichtungen interne Entscheidungsvorbereitung betreiben können.

In vielen Gemeinden hat sich das Instrument des Bürgerhaushalts bewährt, zum Beispiel in Stuttgart. Ohne die Letztentscheidung der gewählten Kommunalpolitiker infrage zu stellen, werden durch dieses Verfahren Bürger zum Mitdenken und Mitwirken in ihrer Gemeinde angeregt, erhalten sie einen eigenen Eindruck von den Zielkonflikten politischer Entscheidungen und den rechtlichen wie finanziellen Rahmenbedingungen, wenn es um Prioritätensetzungen geht. Die kommunalen Amts- und Mandatsträger stehen wiederum vor der Notwendigkeit, die Motive hinter ihren Entscheidungen noch besser zu erläutern.

Eine Überlegung wert ist auch die stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft. Ob diese über die Einrichtung einer „Dritten Kammer der Zivilgesellschaft“ oder zeitgemäßer über digitale Partizipationsmöglichkeiten, bis hin zu ad hoc-Anfragen zu aktuellen Meinungsbildern, erfolgen sollte, wäre intensiv zu diskutieren.

II. Soziale Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft bildet nach liberalem Verständnis mit ihren Kernprinzipien von Ethik, Haftung und der Verantwortung des Einzelnen das Fundament unserer Wirtschaftsordnung. Sie gründet auf der Freiheit, der Initiative und der Verantwortung des Einzelnen. Die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft unterscheidet die Soziale Marktwirtschaft vom reinen Kapitalismus. Diese Verantwortung muss vom Einzelnen und der Gesellschaft gelebt werden. Zusätzlich bedarf es eines klaren gesetzlichen Rahmens für den Einzelnen, die Unternehmen und den Staat.

Zusammen mit dem freiheitlichen Rechtsstaat, der liberalen Demokratie und einer offenen Gesellschaft bildet sie den Kern des liberalen Denkens. Ihre Funktionsfähigkeit gerät aber in Gefahr, wenn ihre konstituierenden Prinzipien ausgehöhlt werden, sei es durch Fehlverhalten der Marktteilnehmer (etwa über Preisabsprachen) Monopol- und Oligopolbildung, sittenwidrigen Missbrauch der Vertragsfreiheit, Einschränkung oder gar Ausschluss des Haftungsprinzips, ein

Fehlverhalten des Staates bzw. seiner Organe (etwa über ausufernde Subventionen, Preisregulierungen, steuerliche Interventionen, Schutzzölle oder andere Formen der Protektion) oder aber durch die Aufgabe des Rechts auf Eigentum und die damit verbundene Möglichkeit des Ausschlusses von Nutzungsrechten (bei gesellschaftspolitischen Verhaltensänderungen, etwa im Zuge der *Sharing Economy*). In der Sozialen Marktwirtschaft geht es vor allem auch um die richtige Balance zwischen privatwirtschaftlicher Aktivität und staatlichen Eingriffen.

Empirische Ergebnisse deuten darauf hin, dass niedrigere Staatsquoten mit höherer Wachstums- und Innovationsdynamik einhergehen. Das Ziel der Freien Demokraten ist es deshalb, mittel- bis langfristig die Staatsquote auf etwa 40 % und die Steuerquote auf rund 22 % zu senken sowie die Sozialabgabenquote auf unter 40 % zu stabilisieren. Erreicht wird dies durch die steuerliche Entlastung der mittleren Einkommen (Abschmelzen der kalten Progression), die Abschaffung des Solidaritätszuschlags und durch die steuerliche Forschungsförderung einerseits, durch Ausgabendisziplin der öffentlichen Hand andererseits. Durch die Modernisierung und Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung im Zuge des *e-government* lassen sich zudem Wirtschaftlichkeitsreserven mobilisieren. Die globale Digitalwirtschaft stellt die Soziale Marktwirtschaft dabei vor besondere Herausforderungen. So tendiert die Plattformökonomie zu Monopolstrukturen; die US-Giganten Alphabet /Google, Apple und Facebook sind ein beredtes Beispiel dafür. In welche Richtung sich die digitale Ökonomie wirklich entwickelt, ist alles andere als klar.

In seiner Geschichte der Zukunft „Homo Deus“ gibt der Autor *Yuval Noah Harari* einen kleinen Vorgeschmack auf die mit der Digitalisierung verbundenen Umwälzungen. Danach bieten sich einerseits durch die Vernetzung von Datenflüssen, die Algorithmisierung und in der Folge durch Künstliche Intelligenz enorme Chancen, die ungenutzt zu lassen wir uns nicht leisten können, zumal sie mit einem Verlust an Lebensqualität und Wohlstand einhergehen dürften. Gleichzeitig ergeben sich aber auch Risiken, die im schlimmsten Fall die Herausbildung quasi-neofeudalistischer Strukturen bedeuten und in eine Aufspaltung in digitale Übermenschen und subalternen Digitalsklaven münden könnten.

Wenn die These stimmt, dass Daten der Rohstoff des 21. Jahrhunderts sind, dann ist die Zuordnung von Eigentumsrechten an Daten keine triviale Angelegenheit. In jedem Fall stellen die mit der digitalen Disruption verbundenen Umwälzungen besondere Anforderungen an eine aktive Wettbewerbs- und Ordnungspolitik.

Wiederholte grobe Verstöße von Managern gegen das „Bild vom ehrbaren

Kaufmann“, wie gegenwärtig durch den „Diesel-Skandal“, erschüttern die Glaubwürdigkeit der Sozialen Marktwirtschaft. Beständige Eingriffe des Staates, direkt oder durch Regulierungen, die nicht marktkonform sind, legen ebenfalls die Axt an deren Wurzeln.

Dagegen bleibt festzuhalten, dass die Soziale Marktwirtschaft im Sinne der Freiburger Schule die grundlegende Werteordnung sozialer Gerechtigkeit darstellt, weil sie Chancen für jeden eröffnet. *Walter Eucken* hat das Menschenbild liberaler Wirtschaftspolitik glasklar herausgearbeitet: „Die Arbeiter und alle, die sich in Abhängigkeit oder Not befinden, können mehr verlangen als Mitleid, Mildtätigkeit oder sozialpolitische Hilfe von Fall zu Fall. Sie haben Anspruch auf eine Ordnung, die sie bejahen können, weil sie ihnen und ihren Angehörigen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Es ist eine Hauptabsicht dieses Buches gewesen, immer wieder deutlich zu machen, dass die Sozialpolitik nicht als Anhängsel der übrigen Wirtschaftspolitik betrachtet werden sollte, sondern in erster Linie Wirtschaftsordnungspolitik zu sein hat.“²

Das zweite Zentralmotiv der Freiburger für ihr Wirtschaftsmodell war die Lehre aus den totalitären Bewegungen im 20. Jahrhundert: Der Konzentration politischer und wirtschaftlicher Macht in den Händen Weniger sollte bereits im Entstehen entgegenwirkt werden. Fairer Wettbewerb in der Sozialen Marktwirtschaft dient mit seiner Dynamik also den Freiheitschancen der Menschen; der Missbrauch des Wettbewerbsprinzips und dessen Unterhöhlung vernichten dagegen ihre Zukunftschancen.

Das heißt:

- Die Soziale Marktwirtschaft schafft das erforderliche Kapital für wirtschaftliche Investitionen, Innovationen für die Zukunft und sozialen Ausgleich. Es geht dabei vor allem um die Wahrung der Balance zwischen investiven Aufwendungen und sozialen Ausgaben.
- Die Soziale Marktwirtschaft beruht auf der Verantwortungsbereitschaft der Einzelnen, nicht auf Ellbogen-Egoismus. Unternehmer, Arbeitnehmer und Verbraucher müssen jederzeit und überall Verantwortung für ihre Entscheidungen übernehmen.
- Die Soziale Marktwirtschaft stärkt die Souveränität von Unternehmen, Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften ebenso wie die Souveränität der Verbraucher, die durch das Zusammenwirken ihrer Entscheidungen die Im-

2 *Eucken, W.*: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen, 1990, 313.

pulse in der Wettbewerbswirtschaft setzen.

- Die Soziale Marktwirtschaft lebt von gesellschaftlicher Wachsamkeit und Dialog, um mögliche Fehlentwicklungen rechtzeitig erkennen und diesen entgegen wirken zu können. Deshalb ist ethisch verantwortetes Verhalten der Akteure im Wirtschaftsleben, von den Unternehmern über *Social Entrepreneurs* und Verbraucher bis hin zu Lobbyorganisationen, eine unverzichtbare Voraussetzung für ihre langfristige Stabilität und gesellschaftliche Akzeptanz.

Wesentliche Handlungsfelder einer erfolgreichen Politik der Sozialen Marktwirtschaft für Deutschland kann man aus liberaler Sicht so beschreiben:

- Stärkung der Realwirtschaft durch Einführung funktionsfähiger Regeln für den Finanzmarkt.
- Schaffung einer Insolvenzordnung für EU-Staaten sowie internationaler Verträge zur Verankerung einer Schuldenbremse in den jeweiligen Verfassungen.
- Dauerhafte Wahrung der Geldwertstabilität und der politischen Unabhängigkeit der EZB.
- Systematischer Rückbau der staatlichen Subventions- und Interventionspraxis in der EU.
- Schutz des Wettbewerbs durch nachhaltige Bekämpfung von Oligopolen und Monopolen und des Missbrauchs von Marktmacht – national wie auf EU-Ebene.
- Effektivierung der Wettbewerbsaufsicht und Schaffung eines unabhängigen europäischen Kartellamts.
- Selbstkontrolle der Unternehmen durch strikte Anwendung der *Corporate Governance* Regeln sowie Unterstützung des sozialen Engagements der Unternehmen (CSR).
- Anpassung und Verschärfung der Strafbarkeit für Korruption und kollusives Handeln (Verabredungen zum Schaden Dritter).
- Stärkung von Tarifautonomie und Sozialpartnerschaften, auch international, als gelebte Praxis.
- Nachdrückliches Engagement Deutschlands dafür, dass der Handel weltweit fair und offen sein sollte. Freihandelskommen müssen auch Datenschutzabkommen beinhalten und sind transparent zu verhandeln.

Soziale Marktwirtschaft funktioniert letztlich nur auf der Grundlage eines star-

ken Mittelstandes, wie man am Beispiel der Freien Berufe sehen kann. Sie sind gelebte Eigenverantwortung: Über 1,3 Mio. Selbstständige zählen dazu. Die Freien Berufe sind ein Beschäftigungsmotor, 3,4 Mio. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind dort beschäftigt. Die Freien Berufe stützen die duale Berufsausbildung, über 120.000 Jugendliche lernen bei den Freiberuflern. Freie Berufe stehen zudem für hohe Standards beim Verbraucherschutz.

Sie stehen aber auch vor großen Herausforderungen: Die Digitalisierung verändert Geschäftsmodelle und Prozesse in einem rasanten Tempo. Der demographische Wandel verschärft den Fachkräftemangel. Nachhaltigkeit und Umweltschutz eröffnen neue Geschäftsfelder. Bürokratische Auflagen auch und gerade aus Berlin und Brüssel gängeln die Freien Berufe überdurchschnittlich.

Deshalb muss es faire Wettbewerbsbedingungen für die Planenden Berufe geben. So darf etwa das Herkunftslandprinzip nicht die hohen Standards beim Verbraucherschutz oder der Qualifikation in Deutschland aushöhlen. Einige Freie Berufe, wie etwa Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten und Apotheker, gewährleisten die öffentliche Daseinsvorsorge in hochsensiblen Bereichen wie der Gesundheitsversorgung. Andere Freie Berufe, wie beispielsweise Anwälte, nehmen hoheitliche Aufgaben wahr. Dies rechtfertigt jeweils ein gewisses Maß an Regulierung und Kontrolle. Es gilt, einen Ausgleich der berechtigten Wünsche nach freiem und fairem Wettbewerb und der Sicherstellung von qualitativ hochwertigen Dienstleistungen zu finden.

Die Versorgungswerke der Freien Berufe sind der beste Beleg dafür, dass kapitalgedeckte Alterssicherungssysteme gut funktionieren können. Bei Einführung der umlagefinanzierten Rente 1957 wurden die Freiberufler zu großen Teilen herausgehalten. Heute wollen politische Mitbewerber die erfolgreichen, über 60 Jahre gewachsenen Strukturen zerstören und einen Einheitszwang namens „Bürgerversicherung“ einführen. Es liegt im Interesse der sozialen Sicherungssysteme, diese Fehlentwicklung nicht zuzulassen.

Die Digitalisierung bietet den Freien Berufen enorme Chancen. Digitale Plattformen ermöglichen neue Wertschöpfungsketten, Geschäftsmodelle und intensivieren Wettbewerb für bessere und günstigere Produkte und Dienstleistungen. Die Freien Berufe besitzen die Innovationskraft für die erforderlichen Anpassungen. Aber dazu benötigen sie auch – wie alle anderen Zweige unserer Wirtschaft, von den Bürgern ganz zu schweigen – eine angemessene öffentliche Infrastruktur. Ohne leistungsfähige Netze ist an einen digitalen Durchbruch nicht zu denken. 2015 aber verfügte nur knapp jedes dritte Unternehmen mit zehn oder mehr

Beschäftigten über einen Breitbandanschluss mit einer Datenübertragungsrate von mindestens 30 Mbit/s. Damit ist Deutschland in Europa allenfalls Mittelmäß. Deshalb sollten wir anstelle der veralteten Kupferkabel-Technologie den flächendeckenden Ausbau mit Glasfaserleitungen vorantreiben.

Gerade für Selbständige und Freiberufler stellt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine besondere Herausforderung dar. Wir sollten im Sinne der Chancengleichheit von Frauen und Männern gerade auch die Digitalisierung nutzen. Digitale Arbeitsplätze und somit zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten ermöglichen es, Familie und Job leichter zu vereinbaren. Familien sind durch höhere Kinderfreibeträge und die volle steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten bis zum Höchstbetrag zu entlasten. Außerdem müssen flexible Angebote zur Kinderbetreuung gefördert werden.

III. Europapolitik

Europa ist und bleibt ein epochales Friedensprojekt. Daran vermögen alle Schwächen und Fehlentwicklungen, die einem so einzigartigen Prozess anhaften, nichts zu ändern. Wo sonst auf der Welt wurde bisher der Versuch unternommen, historisch gewachsene Nationalstaaten mit je eigener politischer Kultur freiwillig und friedlich so zu verknüpfen, dass Zusammenarbeit und Kompromiss für alle einen größeren Mehrwert erbringen als Eigennutz und Machtgehebe – und zwar so, dass die Menschen in Europa diesen Mehrwert auch erkennen können und dieses Projekt mittragen?

Der Rekurs auf die Vergangenheit reicht jedoch nicht aus zur Legitimierung der europäischen Einigung. Eine nüchterne Analyse des internationalen Kräftefeldes liefert eine weit an der Zukunft ausgerichtete Antwort auf die Frage, weshalb Europa in unserem Jahrhundert unverzichtbar ist.

Francis Fukuyamas These vom „Ende der Geschichte“ hat sich als gefährliche Illusion entpuppt. Wir stehen nicht am Ende der Geschichte, sondern mittendrin. Für Europa heißt das: Weder ist Frieden selbstverständlich noch ist die Europäische Integration unumkehrbar.

Umso mehr gilt es, das Feuer des Europäischen Gedankens neu zu entfachen. Wenn man bedenkt, wie viele Kriege in Europa, aber auch weltweit um Grenzverläufe geführt wurden und werden, hat die europäische Idee nichts an Aktualität verloren: Grenzverläufe werden unwichtig, weil die Grenzen offen sind – und das nicht nur für Waren, Güter und Dienstleistungen, sondern auch für die Menschen. Wenn es die EU nicht gäbe, müssten wir sie jetzt erfinden.

Geopolitisch sind da zunächst die drei ganz großen Machtzentren: China, USA und Russland. Diese drei Staaten sind in je unterschiedlicher Weise in der Lage, mindestens in ihren Weltregionen Großmachtpolitik mit der Definition und Beherrschung von Einflussphären zu betreiben und ihre Interessen durchzusetzen. Es ist absehbar, dass China in allen Belangen – ökonomisch, militärisch und politisch – mit den USA gleichziehen wird. Der kurze historische Moment Ende des letzten Jahrhunderts, da die Vereinigten Staaten die einzige Supermacht darstellten, ist längst vorbei. Hinzu kommt, dass die USA unter einem partiell dysfunktionalen Regierungssystem leiden. Russland spielt in diesem Trio zwar den relativ schwächsten Part, ist jedoch allemal stark genug, eigene Machtansprüche formulieren zu können und für die Lösung schwieriger regionaler und internationaler Konflikte gebraucht zu werden.

In zweiter Reihe finden wir Staaten wie u. a. Indien, Japan, Brasilien oder Kanada mit dem Potential, in die erste Liga hineinzuwachsen oder jedenfalls international einflussreiche Mächte zu werden oder zu bleiben. Und Europa?

Unumstritten ist, dass jeder europäische Nationalstaat für sich allein genommen zu schwach ist, um langfristig in der Welt Gehör zu finden. Gemeinsam hätten die Staaten Europas die Chance dazu. Dafür sprechen die Wirtschaftskraft von fast einer halben Milliarde Menschen, ihre immer noch gegebene Innovationsfähigkeit, starke Wissenschafts- und Forschungsregionen sowie die Attraktivität der partizipativen Regierungsformen auf der Grundlage von Recht und Menschenwürde. Neben seinen internen Problemen (Brexit) stehen auf Europas Soll-Seite jedoch die defizitäre politische und militärische Zusammenarbeit in Fragen globaler Politik.

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik, also eine Politik, welche die Interessen der Bürger Europas schützt und das heißt insbesondere, jene Wertorientierungen, die wir Europäer in schrecklichsten historischen Lektionen erlernt haben?

Realpolitik im besten Sinn des Wortes erfordert ein klares Bekenntnis zu einer vergemeinschafteten Außen- und Sicherheitspolitik. Niemand wird die Schwierigkeiten verkennen, dieses Ziel zu erreichen: einen europäischen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, den Aufbau europäischer Verteidigungskräfte, eine gemeinsame Rüstungspolitik, Bündnisse mit Staaten ähnlicher Werteordnungen sowie die Schaffung einer EU-Grenzschutzpolizei, eines europäischen FBI und einer Europäischen Armee. Offene Binnengrenzen erfordern zwingend den wirksamen Schutz der Außengrenzen.

Anderenfalls wird Europa mit seinen Werten und Interessen im internationalen Kräftefeld zu einem „Obervolta mit alter Industrie“. Wer sich die Unfähigkeit der EU vergegenwärtigt, auch nur einen Konsens über den Schutz ihrer Außengrenzen und über den Umgang mit dramatischen Migrationsbewegungen herzustellen, wird leicht dazu neigen, das formulierte Politikziel für Phantasterei zu halten.

All dies bedeutet tiefgreifende Eingriffe in den eifersüchtig gehüteten Kernbereich nationaler Souveränität. Die Alternative, vor der wir Europäer stehen, lautet schlicht: schwer behauptete europäische Souveränität auf der Weltbühne oder je nationale „Souveränität“ in der Rumpelkammer der Geschichte. Politik, die nicht den Mut hat, den Bürgern und Wählern diese Alternative aufzuzeigen, versagt vor der Pflicht, den jungen Europäern Lebenschancen³ zu eröffnen.

Das Verhältnis Europas zu den USA war nach dem Zweiten Weltkrieg selten konfliktfrei: Man brauchte den militärischen Schutzschirm der Amerikaner gegenüber dem Warschauer Pakt. Andererseits haben viele Europäer trotz Adaption seiner populären Kultur nie verstanden, dass die USA keine Kopie europäischer Staaten und Gesellschaften sind. Und die gegenwärtige amerikanische Präsidentschaft lässt viele Transatlantiker geradezu verzweifeln. Europäische Realpolitik jedoch sollte sich einfach die Frage vorlegen, mit welchem der großen Drei im internationalen Kräftefeld im Hinblick auf Werte und Interessen graduell die meiste Übereinstimmung besteht. Etwa Russlands autokratischem System unter Putin, das völkerrechtswidrig die Krim besetzte? Oder Chinas Parteiendiktatur, die sich ebenfalls nicht um Menschenrechte schert und mit militärischen Machtdemonstrationen ihre Nachbarn in Angst und Schrecken versetzt?

Aus dieser Perspektive ist die langfristige Zusammenarbeit mit dem schwierigen Partner USA ohne Aufgabe eigener Werte und Interessen allen anderen Optionen vorzuziehen. Nur Europa als politische Handlungseinheit hat eine Chance, auf internationale Entwicklungen Einfluss zu nehmen.

Das Plädoyer für eine vergemeinschaftete europäische Außen- und Sicherheitspolitik griffe aber zu kurz, nähme man globale Probleme nicht in den Blick, die recht eigentlich nur durch gemeinsames Handeln der Staatengemeinschaft einer Lösung näher gebracht werden können. Zu diesen Problemfeldern zählen die Bekämpfung des internationalen, oft religiös verbrämten Terrorismus, der Umgang mit gescheiterten Staaten, die Reaktion auf klimatische Veränderungen

3 *Dahrendorf, R.*: Lebenschancen, Frankfurt, 1979.

sowie der auch durch die Bevölkerungsexplosion in manchen Teilen der Welt hervorgerufenen Wanderungsdruck.

Es ist ein Irrglaube anzunehmen, dass die Europäer sich angesichts dieser Probleme wegducken könnten, gewissermaßen als eine europäische Großschweiz. Dies den Menschen zu sagen, sie aufzurütteln, ist wahrlich unbequem; es kann Politikerkarrieren kosten. Ein kleiner Preis, wenn man nicht vor seiner Verantwortung fliehen will.

IV. Bildungspolitik

Gibt es eine gemeinsame Klammer für die in diesem Beitrag paradigmatisch angesprochenen Politikfelder Demokratie, Soziale Marktwirtschaft, Europa? Die Antwort eines Liberalen auf diese Frage lautet: Bildung. Mehr Geld in die Hand zu nehmen ist unabdingbar, um jungen Menschen die bestmögliche, ihren spezifischen Fähigkeiten und Begabungen gerecht werdende Ausbildung zu ermöglichen, in einem entsprechend differenzierten Bildungssystem mit einem hohen Maß an Autonomie der Bildungseinrichtungen. Allerdings bleibt die Frage: welche Bildung?

In sich gefestigte Persönlichkeiten heranbilden, die selbstbewusst ihren Platz in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft einzunehmen vermögen, setzt voraus, dass neben der kognitiven Entwicklung auch das soziale und musische Element gleichwertig gefördert wird als unverzichtbarer Baustein der Menschenbildung. Ein auf reine Wissensvermittlung getrimmtes Bildungssystem versagt auch angesichts des immer schnelleren technologischen Wandels. Die Fähigkeit zu eigenständigem lebenslangem Lernen, beruflich und sozial erfolgreich zu werden, einen eigenen Weg im Leben zu finden, als empathisches Glied einer Gemeinschaft mitzureden über die öffentlichen Dinge und Verantwortung für sich wie andere zu übernehmen, das sind die recht verstandenen Bildungsziele einer freiheitlichen Gesellschaft.

Deshalb müssen Fächer wie Geschichte und Sozialkunde in allen Schulen wieder stärker gewichtet werden, müssen ökonomisches Grundwissen und Medienkompetenz gefördert, partizipatives Verhalten in Schulen und Hochschulen eingeübt werden; nicht zuletzt ist die politische Bildung über die Bundeszentrale für politische Bildung, die Landeszentralen und ähnliche Einrichtungen intensiv zu unterstützen.

Der Enkel unseres ersten Bundespräsidenten, Professor *Ludwig Theodor Heuss*, hat unlängst das Anliegen der Liberalen auf den Punkt gebracht: „Liberaler ist,

wer seine Freiheit nutzt und es wagt, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen, um es zum Besseren zu wenden, um Fortschritt zu ermöglichen und sich am Fortschritt anderer zu erfreuen. Dazu braucht es freien Gestaltungsraum, Rationalität, individuelle Lernbereitschaft und Mut. (...) Der Zauber des Liberalismus ist zeitlos.“⁴

4 Heuss, L. T.: Deutschland braucht den Liberalismus dringender denn je, in: Die Welt, 19.04.2016.